

## Eingeknickt



Sabine Doll  
über ungesunde Lebensmittel

Bundesernährungsministerin Julia Klöckner möchte „keinen Nanny-Staat“ und „keine Ernährungspolizei“ – deshalb belässt es die CDU-Politikerin bei einer freiwilligen Selbstverpflichtung der Lebensmittelindustrie, ob die Hersteller bei der ab 2019 gültigen Strategie zur schrittweisen Reduzierung von Zucker, Salz und Fett mitmachen. Oder eben auch nicht. Sei das der Fall, so Klöckner, müssten weitere Maßnahmen geprüft werden. Oder auch nicht. Einzelne Unternehmen haben schon jetzt gewarnt, dass sie sich solche Eingriffe nicht gefallen lassen werden.

Das müssen sie auch nicht. Denn der nationalen Strategie der Ministerin fehlen strenge staatliche und verbindliche Vorgaben. Sie ist so weich und flauschig wie Zuckerwatte. Wie ihr Amtsvorgänger Christian Schmidt (CSU) ist Klöckner eingeknickt, auch sie will es sich offenbar nicht mit der mächtigen Branche verderben. Die müsste nämlich um ihre Umsätze fürchten, wenn sie ihre Rezepturen ändert. Gründe, um eine Zuckersteuer oder eine Nährwertampel einzuführen, gibt es allerdings genügend: allen voran die Gesundheit der Bürger.

Bericht Seite 1 und Interview Seite 11  
sabine.doll@weser-kurier.de

## Langeweile



Peter Hanuschke  
über den Rundfunkbeitrag

ZDF-Intendant Thomas Bellut warnt vor Qualitätseinbußen, falls der Rundfunkbeitrag nicht moderat erhöht wird. Aus seiner Sicht mag das nachvollziehbar sein. Aber ob der Gebührenzahler, also jeder Haushalt, ob er nun ein TV- oder Radiogerät hat oder nicht, das so sieht, ist fraglich – gerade wenn es um die Qualität der Beiträge geht. Bezieht Bellut seine Warnung etwa auf die Quizshows, die schon jetzt in ihrer Vielzahl eine Konzentration an Langeweile darstellen?

Sicherlich gibt es auch qualitativ hochwertige Sendungen – etwa, wenn es um Verbraucherbeiträge, Reportagen und politische Sendungen geht. Doch sich hinzustellen und eben mal mehr Geld zu fordern, so einfach darf das System auf keinen Fall funktionieren. Zum einen gibt es noch reichlich Rücklagen. Zum anderen sollte zunächst das vereinbarte Sparprogramm noch einmal umfassend erweitert und zügiger umgesetzt werden. Und wenn das alles nicht hilft, dann sollte grundsätzlich über eine Reform und eine Verschlankung des öffentlich-rechtlichen Fernsehangebots nachgedacht werden – allein der Qualität wegen.

Bericht Seite 17  
peter.hanuschke@weser-kurier.de

WESER KURIER  
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten  
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten  
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG  
Martinistraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig  
Stellvertretender Chefredakteur: Marcel Auermann  
Geschäftsführender Redakteur: Christian Wagner  
Art-Direktor: Franz Berding

Chefreporter: Jürgen Hinrichs · Chefredakteur Kultur/Medien: Dr. Hendrik Werner · Politik: Joerg Helge Wagner  
Bremen/Niedersachsen: Marcel Auermann · Wirtschaft: Philipp Jaklin · Kultur: Iris Hetscher · Sport: Mathias Sonnenberg  
Leiter Zentralredaktion: Markus Peters · Leiter Sonderthemen: Stefan Dammann · Büro Lilienthal: André Fesser  
Büro Osterholz-Scharmbeck: Antje Borstelmann · Büro Vegesack: Michael Brandt · Büro Berlin: Steven Geyer (Leitung)  
Büro Hannover: Peter Mlodoch · Büro Hamburg: Nadine Wenzlick  
Büro Brüssel: Detlef Drewes · Büro London: Katrin Pribyl  
Büro Paris: Birgit Holzer · Büro Washington: Thomas Spang

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 36,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:  
David Koopmann, Tanja Bittner

Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 72.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:  
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:  
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00

Abonnenten-Service:  
Telefon: 04 21/36 71 66 77 Telefax: 04 21/36 71 10 20  
E-Mail: abonentenservice@weser-kurier.de  
abonentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):  
Telefon: 0800/36 71 222\*

\*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion:  
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00  
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de  
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:  
Telefon: 04 21/36 71 66 55

Telefax: 04 21/36 71 11 00 (Anzeigen)  
Telefax: 04 21/36 71 10 10 (Kleinanzeigen)

E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de  
anzeigen@bremer-nachrichten.de



Kostas Koufogiorgos

## Eine Herausforderung für die Demokratie



Peter Gärtner  
über Antisemitismus

Als unmittelbar vor Weihnachten 2017 ein jüdischer Restaurantbesitzer vor seinem Berliner Lokal von einem Deutschen antisemitisch beschimpft wurde, schlug die Empörung hohe Wellen. Denn seine Freundin dokumentierte die minutenlangen Hasstiraden mit dem Handy, die darin gipfelten, dass dem Sohn eines Holocaust-Überlebenden prophezeit wurde, wie alle Juden in der Gaskammer zu landen. Der rasch ins Netz gestellte „völlig unfassbare“ Vorfall, so der damalige Bundesjustizminister Heiko Maas, schreckte nicht nur die Bundesregierung auf. Denn schlagartig schien klar zu sein, dass der Antisemitismus nicht nur in rechtsradikalen, muslimischen und antiimperialistisch geprägten linken Milieus fest verankert, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.

Ob dies tatsächlich so ist, darüber gehen die Meinungen allerdings weit auseinander. Fest steht, jeder fünfte Deutsche ist latent antisemitisch eingestellt. Seit vielen Jahren hält sich dieser Wert weitgehend konstant. Die Aussage, „bei der Politik, die Israel betreibt, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“, stößt bei rund 40 Prozent der Deutschen auf Zustimmung.

Aber ist deshalb davon auszugehen, dass über ein Drittel der Bundesbürger tatsächlich Judenhasser sind? Gewiss nicht; allerdings fällt bei vielen nicht-jüdischen Deutschen auf, dass sie antisemitische Beleidigungen, Beschimpfungen und Attacken versuchen kleinzureden, zu relativieren und die Reaktion der jüdi-

schen Mitbürger darauf oft als hysterisch abtun.

Ein Jahr nach der verbalen Hetz-Attacke am Rand der Berliner City-West gibt es in der Bundesrepublik erstmals einen Beauftragten für „jüdisches Leben in Deutschland und die Bekämpfung des Antisemitismus“. Der Diplomat Felix Klein steht dabei vor einer heiklen Gratwanderung. Denn immer mehr Juden fühlen sich in Deutschland bedroht. 85 Prozent von ihnen halten den Antisemitismus für ein wachsendes Problem, während 88 Prozent der Deutschen dieses Thema als nicht so wichtig erachten. Da-

Immer mehr Juden fühlen sich in Deutschland bedroht.

bei gehen antijüdische Einstellungen, egal ob als Vorurteil oder im Gewand der Israel-Kritik, alle Bürger an. Der Umgang mit Antisemitismus ist ein Lackmusest für die Demokratie, die Bekämpfung immer auch ein Beitrag zur Stärkung einer demokratischen Gesellschaft.

Deshalb muss nicht nur die Politik die Sorgen der jüdischen Deutschen ernst nehmen, von denen fast die Hälfte bereits ans Auswandern gedacht hat. Das fängt bei der Verrohung der Sprache an, die ganz konkret für die von Rechtspopulisten vorangetriebene Diskursverschiebung steht. Was früher allenfalls leise hinter verschlossenen Türen gewagt wurde zu sagen, hört man heute zunehmend laut auf der Straße. So sinkt die Hemmschwelle, andere Menschen anzugreifen. Das spiegelt sich auch im so genannten

religiösen Mobbing durch muslimische Jugendliche, das zuletzt immer häufiger in den Fokus rückte.

Dabei ist Antisemitismus eher selten religiös begründet, sondern geht vor allem auf den ungelösten Nahostkonflikt zurück. Um Klarheit über die reale Bedrohungslage jüdischer Mitbürger zu erlangen, soll die bislang vor allem in Berlin tätige Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) im kommenden Jahr bundesweit für Opfer und Zeugen jüdenfeindlicher Vorfälle zur Verfügung stehen. Auch sind Meldestellen in weiteren Bundesländern geplant.

Das sind erste wichtige Schritte, doch sie reichen bei weitem nicht aus. Um Judenhass in der Schule entgegen zu treten, müssen Lehrer auch didaktisch und fachlich dazu in der Lage sein. Nach wie vor fehlen entsprechende Fortbildungen, um Pädagogen zu sensibilisieren. Auch die Möglichkeiten, Gedenkstätten und Erinnerungsorte der Judenverfolgung zu besuchen, wird viel zu selten genutzt. Das trägt indirekt dazu bei, dass die Stimmen der Holocaust-Leugner und -Relativierer deutlicher wahrgenommen werden.

Auch bei der Polizei und anderen Sicherheitsbehörden ist der Nachholbedarf groß. So werden manche Straftaten nicht als antisemitisch erfasst, weil die Ermittlungsbehörden sie nach unklaren Kriterien einstufen oder gar nicht erst erkennen. Nach wie vor werden auf Demonstrationen israelische Flaggen verbrannt, obwohl dies mit strikten Auflagen zu verhindern wäre. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, gegen Antisemitismus Zeichen zu setzen. Dieser Kampf betrifft die gesamte Zivilgesellschaft, denn es ist ein Kampf für eine offene, liberale und tolerante Gesellschaft und für das Menschenrecht der freien Religionsausübung.

peter.gaertner@weser-kurier.de

## Westfälische Nachrichten

über das Kindergeld: „Es lohnt ein Blick auf Details, ohne dumpfe Vorurteile auf der einen, ohne integrationsromantische Wunschvorstellungen auf der anderen Seite. Die überwiegende Mehrzahl der Eltern, die hier fleißig arbeiten und an der Wertschöpfung mitwirken, deren Kinder aber nicht in Deutschland leben, haben einen absolut gerechtfertigten Anspruch auf diese Leistung. Sie zahlen hier Steuern, zahlen in die Sozialversicherungssysteme ein – kein unwichtiger Posten in einer demografisch alternden Gesellschaft, die gern über Work-Life-Balance und Frühverrentung nachdenkt und manchmal vergisst, dass Verteilen auch vom Erwirtschaften kommt.“

## Leipziger Volkszeitung

über Trumps Truppenbesuch: „Eine außenpolitische Linie oder gar Vision sucht man in Trumps Rede im Irak vergeblich. Im Gegenteil: Die Ausführungen erinnern an den Kongresswahlkampf. Selbst in einem Bürgerkriegsland kann es dieser Präsident nicht unterlassen, die eigenen Oppositionspolitiker als vaterlandslose Gesellen darzustellen. Die Demokraten wollen nicht, dass wir sichere Grenzen haben“, pöbelte der Commander-in-Chief. Deutlicher kann man die wahre Motivation des außenpolitischen Aktivismus kaum offenlegen: Trump geht es nicht um Syrien, den Irak oder Afghanistan. Seine plötzlichen Initiativen sind reine Ablenkungsmanöver von innenpolitischen Rückschlägen.“

## Ender Zeitung

über die Bundeswehr: „Seit vielen Jahren wird darüber debattiert, eine europäische Armee zu schaffen. Bislang ist es dazu nicht gekommen, sieht man mal von gemeinsamen Truppenteilen wie der deutsch-französischen Brigade ab. Ein Fachkräfte-Austausch innerhalb der EU könnte ein Anfang für ein weiteres Zusammenwachsen der europäischen Armeen sein. Dass das viele Vorteile hätte, liegt auf der Hand. Ganz abgesehen von einem geeinten Europa würden sich gemeinsame Streitkräfte auch auf die Wehr-Etats auswirken. Denn ganz ehrlich: Statt für Panzer ließe sich das Geld auch für anderes ausgeben.“

## Ein Lobbyregister gegen geheime Einflussnahme

Léa Briand  
über Transparenz in der Politik

Welche Macht haben Lobbyisten? Kürzlich sorgten die sogenannten „Implant Files“ für Schlagzeilen: Die Lobby der Medizinprodukte-Hersteller setzt seit Jahren Politikerinnen und Politiker sowie Behörden unter Druck, damit es zu keiner strengeren Zertifizierung ihrer Produkte kommt – vermeidbare Gesundheitsrisiken werden dabei hingenommen. Hätte die Presse diesen Skandal nicht aufgedeckt, wäre den Bürgerinnen und Bürgern verborgen geblieben, welchen Einfluss die Industrie auf die Politik ausübt.

Womit wir beim Hauptproblem von Lobbyismus wären: Er findet zu oft hinter ver-

schlossenen Türen statt. Wie sollen Bürgerinnen und Bürger einem Gesetz, ihren Volksvertreterinnen und Volksvertretern – und damit der Demokratie – vertrauen, wenn sie nicht wissen, von wem diese beeinflusst wurden? Dies stellt ein Nährboden für Populismus und Abwendung von der Demokratie dar. Was können wir dagegen tun? Viele fordern ein Lobbyismusverbot. Doch Interessenvertretung ist sinnvoll: Gesetzgeber können nicht in allen Bereichen Experten sein. Sie brauchen die Einschätzung von Fachleuten und den direkten Austausch mit allen Beteiligten. So kann nach Abwägung aller Argumente eine unabhängige Entscheidung getroffen werden.

In der Realität funktioniert dies aber nicht. Denn die Lobbys sind nicht gleich aufgestellt: Wer mehr Geld und die besseren Kontakte hat, kann mehr Einfluss nehmen.

Und vor allem, weil es an Transparenz fehlt! Der Übermacht finanzkräftiger Lobbyisten begegnet man am besten mit einem verpflichtenden, wirkungsvollen Lobbyregister. Lobbyisten tragen sich ein und geben an, wer ihre Auftraggeber sind, auf welche Gesetzentwürfe sie Einfluss nehmen, mit welchen Abgeordneten oder Beamten sie reden, welche Unterlagen sie austauschen und wie hoch ihr Budget dafür ist. Bei Verstößen erhalten sie eine hohe Geldstrafe und bei schweren Fällen ein Kontaktverbot zu den Gesetzgebern.

Utopisch? Bald hoffentlich nicht mehr. Bisher blockierte vor allem die CDU/CSU-Fraktion jegliche Fortschritte in diese Richtung. Inzwischen ist die Union von ihrer Fundamentalblockade abgerückt: Der CDU-Abgeordnete Patrick Sensburg, Vorsitzender des zuständigen Bundestagsaus-

schusses, hat sich für ein Lobbyregister ausgesprochen und will demnächst einen Gesetzentwurf vorbereiten. Es geht also nicht mehr darum, ob es ein Lobbyregister geben wird, sondern wie es ausgestaltet wird. Ich bin überzeugt: Ein weitreichendes und strenges Lobbyregister wird das Vertrauen in die Politik wieder stärken!



Unsere Gastautorin ist bei der Transparenzorganisation abgeordnetenwatch.de tätig, deren Petition zur Einführung eines Lobbyregisters von über 250 000 Bürgern unterschrieben wurde.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.